

Ausschuss Berufliche Bildung der Deputation für Bildung

Ergebnisvermerk über die 3. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag 6. November 2008	Sitzungsbeginn 15:00 Uhr	Sitzungsende 15:45 Uhr	Sitzungsort: Raum 122, Behörde der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
------------------------------------	-----------------------------	---------------------------	---

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Vermerks der 2. Sitzung am 12. September 2008

TOP 3: Ausstattung der beruflichen Schulen (einschl. GyO-Abteilungen an Sek-II-Zentren) mit Funktionsstellen im Vergleich zu anderen Bundesländern
Vorlage Nr. 4

TOP 4: Antragsverfahren für Dienstgänge (Dienstfahrten) von Lehrerinnen und Lehrern
Versicherungsschutz bei Dienstgängen (Dienstfahrten) mit dem eigenen Auto
Vorlage Nr. 6

TOP 5: Berufsoberschule

- Einführung Zentraler Prüfungen
Vorlage Nr. 7
- Vorstellung der BOS Sozialwesen am SZ II Walle durch Herrn Zachau

TOP 6: Verschiedenes

- Verwendung der Fachbücher für Auszubildende im Ausbildungsberuf Maler und Lackierer in der Berufsschule im SZ II an der Alwin-Lonke-Straße
(Anfrage von Frau Meyer)
- Anmeldung eines Tagesordnungspunktes zur Umsetzung der Lernfelder an den beruflichen Schulen (Frau Bösch)

Herr Platter bittet, Herrn Staatsrat Othmer zu entschuldigen, der terminlich verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen und übernimmt in seiner Vertretung die Sitzungsleitung. Er bittet außerdem, die Abwesenheit von Frau Dogan zu entschuldigen, die in Bremerhaven an der zeitgleich stattfindenden Stadtverordnetenversammlung teilnehmen muss. Er begrüßt als neues Mitglied des Ausschusses Herrn Winfried Brumma, der die Nachfolge von Frau Bohle-Lawrenz antritt und auch die Funktion des Sprechers des Ausschusses übernimmt.

Zu TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie oben dargestellt festgelegt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 2. Sitzung am 12. -September 2008

Zum Ergebnisvermerk über die 2. Sitzung am 12.09.2008 trägt Herr Platter vor, dass Frau Bohle-Lawrenz nach der Sitzung um eine Ergänzung zu TOP 4 2. Absatz letzter Satz gebeten habe, die wie folgt lautet (kursiv geschrieben): „Es besteht Verständnis dafür, dass all die standortbezogenen Überlegungen jetzt noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, weil sie zunächst mit den Anträgen der kooperationswilligen allgemeinbildenden Schulen

abgeglichen werden *müssen und noch nicht alle Elemente, die zur Berücksichtigung anstehen, in allen Stadtteilen in die Diskussion einbezogen sind.*“ Da Frau Bohle-Lawrenz diese Anmerkung nicht in der Sitzung selbst gemacht hat, schlägt Herr Platter vor, diese Ergänzung heute zur Kenntnis zu nehmen. Dem wird zugestimmt.

Der Vermerk über die 2. Sitzung am 12. September 2008 wird genehmigt.

**Zu TOP 3: Ausstattung der beruflichen Schulen (einschl. GyO-Abteilungen an Sek-II-Zentren) mit Funktionsstellen im Vergleich zu anderen Bundesländern
Vorlage Nr. 4**

Frau Böschen dankt für die Vorlage. Sie hatte ihre Frage vor dem Hintergrund gestellt, dass Bremen in der Ausstattung mit Funktionsstellen ihres Wissens schlechter gestellt sei als Niedersachsen, sodass Bremen bei der Gewinnung von Berufsschullehrkräften möglicherweise nicht mehr konkurrenzfähig sein könnte. Auch unter dem Aspekt, dass ihres Wissens beabsichtigt sei, Funktionsstellen von der Sekundarstufe II in die Sekundarstufe I zu transferieren, bittet sie, zumindest einen Vergleich mit den konkurrierenden Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein herzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt den Sachstand zum Vergleich der Ausstattung der Schulen mit Funktionsstellen zur Kenntnis und bittet um einen Ländervergleich mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

**Zu TOP 4: Antragsverfahren für Dienstgänge (Dienstfahrten) von Lehrerinnen und Lehrern Versicherungsschutz bei Dienstgängen (Dienstfahrten) mit dem eigenen Auto
Vorlage Nr. 6**

Frau Böschen dankt für die Darstellung. Sie hält das Verfahren, für jeden Dienstgang einen Antrag stellen zu müssen, für einen zu hohen bürokratischen Aufwand. Auch die Selbstbeteiligung in Höhe von € 300 in den Fällen, in denen das privateigene Fahrzeug genutzt wird, hält sie für nicht angemessen. Da die Zuständigkeit für diese Vorschriften bei der Senatorin für Finanzen liegt, wird sie sich an die haushaltspolitische Sprecherin der Senatorin für Finanzen oder ggf. an den Staatsrat der Finanzbehörde mit der Bitte um Abhilfe wenden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Zu TOP 5: Berufsoberschule

- **Einführung Zentraler Prüfungen
Vorlage Nr. 7**

Herr Platter weist im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Einführung Zentraler Prüfungen in der BOS darauf hin, dass diese ein wesentliches Instrument der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Berufliche Bildung empfiehlt der Deputation für Bildung, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

- **Vorstellung der BOS Sozialwesen am SZ II Walle**

Herr Platter begrüßt Herrn Zachau, der auf Wunsch von Frau Böschen die **BOS Sozialwesen am SZ II Walle** vorstellt. Herr Zachau gibt zunächst einen Abriss über die Spezifika der Ausbildung im Gesundheitswesen und Sozialwesen (überwiegend Frauen, Mono- und Sackgassenberufe, wenig Aufstiegsmöglichkeiten, Zersplitterung in den Zuständigkeiten). Er wendet sich dann dem Beschäftigungsbereich zu (volkswirtschaftlich einer der bedeutendsten Sektoren, überdurchschnittliches Wachstum, 766 Auszubildende in Bremen in den Assistenzberufen des

niedergelassenen Bereichs, relativ hoher Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund, geringe Verweildauer in den Berufen) und begründet die sich ändernden Qualifikationsbedarfe im Gesundheitsbereich (demografische Entwicklung mit der Folge starker Nachfrage nach privatwirtschaftlichen Gesundheitsangeboten). Mit der Einrichtung des Bildungsweges Fachoberschule 12 und Berufsoberschule wurde nun für diesen Personenkreis die Möglichkeit eröffnet, einen studienberechtigenden Abschluss zu erwerben und eine Hochschule zu besuchen mit der damit verbundenen Aufstiegsoption in höherwertige Beschäftigung. Leider konnte keine BOS für das Gesundheitswesen eingerichtet werden, weil diese Fachrichtung auf KMK-Ebene nicht geregelt ist. Deswegen wurde eine BOS Sozialwesen mit dem Zusatz „und Gesundheit“ geschaffen. Der Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife ist mit dem Nachweis der Zweiten Fremdsprache verbunden. Die Schulen mit einer BOS haben sich wegen des Sprachangebots zur Kooperation verpflichtet, um eine ausreichende Lerngruppengröße zu gewährleisten. Herr Zachau schließt seine Ausführungen mit der Bitte, die BOS jetzt in der Bremer Verordnung rechtlich abzusichern und plädiert dafür, dass der Name der Fachrichtung „Gesundheit und Sozialwesen“ heißen sollte.

Frau Böschen und Herr Brumma danken Herrn Zachau für seine Ausführungen und begrüßen den richtigen Weg, Durchlässigkeit aus beruflichen Zusammenhängen heraus zu organisieren.

Herr Platter unterstreicht noch einmal, dass es das oberste und wichtigste Ziel einer „gelebten Chancengleichheit“ ist, die **Kopplung des Bildungserfolges an die soziale Herkunft** so weit wie möglich zu **senken** und damit eine **Erhöhung der Bildungsbeteiligung** auch und gerade der aufgrund ihrer sozialen Herkunft Benachteiligten zu erreichen. Die BOS trage wesentlich dazu bei, dieses Ziel der Minderung der sozialen Kopplung zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu erreichen. Um die bundesweite Anerkennung des Abschlusses sicherzustellen, wird er bei der KMK beantragen, dass die Fachrichtung Gesundheit in die KMK-Vereinbarung aufgenommen wird.

Zu TOP 6: Verschiedenes

- SZ II An der Alwin-Lonke-Straße

hier: Verwendung der Fachbücher in der Berufsschule für Maler und Lackierer

Frau Meyer bittet um eine schriftliche Stellungnahme zu folgender Anfrage, die von einem Malerbetrieb an die CDU herangetragen worden ist:

1. „Trifft es zu, dass Lehrlinge die Fachbücher, die im Unterricht der Berufsschule zum Einsatz kommen, nicht mitnehmen dürfen, also nicht wirklich für die Dauer der Unterrichtseinheit bzw. des Lehrjahres entliehen bekommen? Falls ja, warum?“
2. Wie will die Bildungsbehörde sicherstellen, dass der Berufsschulunterricht erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn die Bücher (z.B. zum Lösen aufgetragener Aufgaben) nicht mitgenommen werden dürfen?“

Herr Platter sagt zu, dass Frau Meyer schnellstmöglich eine schriftliche Stellungnahme erhält.

- Anmeldung eines Tagesordnungspunktes zur Umsetzung der Lernfelder an den beruflichen Schulen

Frau Böschen bittet, zur nächsten oder übernächsten Sitzung um einen Bericht zur Umsetzung der Lernfelder an den beruflichen Schulen. Herr Zachau bietet an, dieses Thema in der Dependence des SZ II Walle Am Wandrahm, zu behandeln. Dort wurde vor kurzem der dreijährige Modellversuch „Lehrer/-innen und Schüler/-innen im Team (LUST)“ abgeschlossen, in dem vor allem Lernfeldorientierung und neue Formen selbstgesteuerten, selbstorganisierten und kooperativen Lernens entwickelt und erprobt wurden. Der Angebot wird dankend angenommen.

gez. Carl Othmer

Vorsitzende

Senatorin Jürgens-Pieper
i.V. Staatsrat Carl Othmer

gez. Winfried Brumma

Sprecher

gez. H. Cordes

Protokollführerin

